

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 7. Februar 1881.

Nr. 62.

## Landtags-Verhandlungen. Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 5. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung  
um 11<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Am Ministertische: Finanzminister Bitter,  
General-Steuer-Direktor Burghardt, Hilfs-  
arbeiter v. Eilers.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der  
Abg. Frhr. v. Zedlitz-Neudorf (Viegnitz): Er  
möchte das Lob, welches ihm neulich wegen seines  
amtlichen Verhaltens in Ausübung der Maigesetze  
vom Abg. Dr. Franz erteilt worden sei, ablehnen,  
so weit ihn dasselbe in einen Gegensatz zu den  
übrigen Regierungspräsidenten in Schlesien ge-  
setzt habe.

### Tagesordnung:

1. Fortsetzung der ersten Beratung des Ent-  
wurfs eines Gesetzes betreffend die Verwendung der  
in Folge weiterer Reichsteuereformen an Preußen  
zu überweisenden Geldsummen.

Das Haus fährt mit der ersten Beratung  
des Verwendungsgesetzes fort.

Erster Redner ist der Abg. Ridert. Der  
Reichskanzler habe sich gestern gegen den Vorwurf  
vertheidigt, daß er persönlichen Vorteil durch die  
neue Steuerreform gesucht habe, einen solchen  
Vorwurf habe Niemand erhoben gegen den so hoch-  
geachteten Reichskanzler, aber dieser möge doch da-  
von Abstand nehmen, die Männer der Linken so  
darzustellen, als ob sie aus persönlichen Gründen  
ihm Opposition machten. Auch seine Partei wolle  
mit der Regierung an den Geschäften des Landes  
Theil nehmen und sei jederzeit bereit, sachliche Dis-  
kussionen zu führen. Ein für allemal müsse er der  
Auffassung entgegenstehen, der der Kanzler auch  
gestern wieder Ausdruck gegeben, daß die Land-  
wirthschaft kümmerlich behandelt worden sei. Die  
Behauptung des Kanzlers, daß die wirtschaftliche  
Lage besser geworden sei, müsse er bestritten, die  
geringen Erfolge, die Ridert selbst nicht bestritten  
will, würden weit übertrifft durch den Aufschwung,  
der in allen anderen Ländern konstatirt sei, die  
Konjunktur sei eben eine allgemein steigende gewe-  
sen. Er selbst sei kein prinzipieller Gegner des  
Tabakmonopols so wenig wie der Abg. Bamberger,  
sie wollten das Monopol nur deshalb nicht,  
weil sie meinten, daß, nachdem die Entschädigungen  
gezahlt seien, kein Ertrag mehr herauskommen  
würde. Auch er sei bereit, die Vorlage nicht zu  
begreifen, sondern eine bestimmte Antwort zu er-  
theilen auf die Gefahr einer Nachbesserung hin, aber  
es müsse die Vorlage noch mit besserem statistischen  
Material vertreten werden, man solle die Vorlage,  
mit der keine Partei einverstanden sei, aber nicht  
erst in eine Kommission schicken, sondern im Ple-  
num ablehnen. Er wolle jetzt überhaupt kein Ver-  
wendungsgesetz, sondern wolle abwarten, wie viel  
von den bewilligten neuen Steuern noch zu Steuer-  
erlassen übrig bleiben würde, am wenigsten aber  
könne man solches Gesetz heute machen, wo gerade  
eine Reform der direkten Steuern ausgearbeitet  
werde, wie gestern der Finanzminister gesagt. Die-  
ser Reform würde möglicher Weise das Verwen-  
dungsgesetz vorgehen. Woher die Mittel kommen  
sollten, um die Schulgeldbefreiung durchzuführen,  
von der der Abg. Richter und der Kanzler gespro-  
chen, könne er nicht sagen. Was das konservative  
Programm anlangt, so halte auch er die Grund-  
steuerausgleichung von 1861 für eine Ungerechtig-  
keit, dieselbe sei aber nicht mehr rückgängig zu  
machen, nachdem die konservative Partei eine Ent-  
schädigung dafür angenommen hatte, er sei aber  
bereit, dazu mitzuwirken, diese Ungerechtigkeit zu  
beseitigen. Wenn nun der Reichskanzler abgelehnt  
hat, jemals Versprechungen dem Lande gemacht zu  
haben, wenn er behauptet habe, als Vizepräsident im  
Namen der Armen zu dem Reichstage gekommen  
zu sein, und wenn die Liberalen im Namen der  
Armen seine Vorschläge ablehnten, so thäten sie  
Recht daran, denn durch keinen Steuererlaß würde  
man die Lasten ausgleichen können, die durch die  
neuen Steuern den Armen aufgelegt würden. Er  
werde dem Programm des Kanzlers aus Patriotismus  
entgegenstehen, weil er darin ein Mittel sehe,  
Deutschland zu zerreißern und nicht zu  
einigen.

Finanzminister Bitter will nur hervorheben,  
daß in der Frage der Gebäudesteueranlegung  
keine Differenz zwischen ihm und dem Kanzler be-  
stehe, der Kanzler habe gesagt, er würde die Be-  
schwerde beim Finanzminister erhoben haben, wenn  
er nicht gewußt, daß derselbe auf gesetzliche Be-  
stimmungen handle.

General-Steuer-Direktor Burghardt:  
Ganz unverständlich sei es, wie Ridert zu seiner  
letzten Aeußerung komme; in dieser Einigungsfrage  
sei der Kanzler doch auch etwas kompetent. Der-  
selbe denke aber gar nicht daran, wie Ridert es  
dargestellt, die Kommunalsteuern völlig aufzugeben  
und die Kommunalbedürfnisse aus der Reichskasse  
befriedigen zu lassen; das gehe schon daraus her-  
vor, daß der Kanzler stets von Kommunalzuschlä-  
gen zu der Gebäude- und Grundsteuer gesprochen.  
Die Reform sei nicht in einem Schritt zu voll-  
enden, das Gesetz sei aber auch nicht im Interesse  
derjenigen eingebracht, die diese Reform nicht  
fördern wollen, sondern gerade im Interesse der  
Förderung dieser Reform durch das vorjährige Ver-  
wendungsgesetz sei diese Vorlage nicht entbehrlich  
geworden, denn das vorjährige erstreckte sich nur auf  
die schon bewilligten Steuern, während dieses die  
Verwendung der noch zu bewilligenden Steuern  
regulirt, sei doch immerhin für die Steuerzahler  
wichtig zu wissen: in Preußen kann der Staat  
nicht die Hand auf das legen, was vom Reiche  
kommt, sondern er muß es den Kommunen lassen,  
für die es bestimmt sei; für die preussische Regie-  
rung liegt hier ein für den Steuerzahler wirksamer  
Antrieb zur Sparsamkeit. Redner geht sodann  
auf das konservative Programm in so weit ein,  
als er es für einen richtigen Gedanken erklärt, die  
Kapitalzinsen höher besteuern zu wollen, jedoch  
nicht als neue Einnahmen, sondern als Ersatz für  
jetzt bestehende. Die Vorschläge, die die Regie-  
rung mache, beträfen zwei Punkte. Der Vor-  
schlag, die Stufen 1—4 der Klassensteuer zu er-  
lassen, ist ein Vorschlag der Gerechtigkeit, denn ein  
Land, das sich in hervorragender Weise auf die  
Erträge indirekter Steuern stützt, muß sehr vor-  
sichtig sein in der Veranlagung der direkten Steuern,  
auch decke sich dieser Plan mit dem des früheren  
Finanzministers. Der zweite Punkt sei die Über-  
weisung von bisherigen Staatssteuern an öffent-  
liche Verbände; dadurch werde keineswegs die  
Selbstständigkeit und die Selbstverwaltung der  
Kommunen angetastet. Auch in England und  
Frankreich seien die Departements resp. der Staat  
für die Kosten vieler Lasten verantwortlich, die er  
zwar von den Kommunen verwalten lasse, deren  
Kosten er ihnen aber ersehe. Redner kann in der  
Übertragung dieses Zustandes auf Deutschland  
keine Gefahr von Interessenkämpfen sehen. Die  
Regierung könne also nur wiederholt empfehlen,  
die Vorlage in der Kommission in ernste Erwä-  
gung zu nehmen, auf ernsthafte Vorschläge werde  
dieselbe prüfend eingehen, sei auch bereit, die Sta-  
tistik zu ergänzen.

Abg. von Hammerstein: Der Abg.  
Ridert habe versucht, den Grundbesitzern nachzu-  
weisen, welchen Schaden ihnen die neuen Kontribü-  
tionen brächten, und hat der Landwirthschaft vorge-  
schlagen, auf Weide und Viehzucht zurückzugehen. Hat  
sich denn Herr Ridert die sozialen Folgen klar  
gestellt und an die Millionen landwirthschaftlicher  
Arbeiter gedacht, die brodlos würden, weil sie die  
Landwirthschaft für Weide und Viehzucht nicht mehr  
gebrauchen würde, wie jetzt beim Kornbau? (Sehr  
richtig!) Die Landwirthe würden die geringe Zu-  
treffendheit der Ridert'schen Vorschläge schon zu  
würdigen wissen. Gerade die weitere Verfolgung  
der Steuerreform der gemeinsamen Steuerreform  
würde ein wesentlicher Trieb sein zur Stär-  
kung des Reichs, und dieser politische Gedanke sei  
im § 1 des Gesetzes zum Ausdruck gekommen.  
Auf die weiteren Details einzugehen, würde er  
keinen Grund haben, wenn der Abg. Richter nicht  
gestern behauptet hätte, daß die Konservativen sich  
im schroffsten Widerspruch zu den Plänen des  
Kanzlers befänden. Richters Stellung gestern sei  
sehr interessant gewesen als Vertheidiger des  
Reichskanzlers gegen die bösen Konservativen und  
als Beschützer des Grundbesitzes gegen seine Freunde  
im Lande. Nun sei der Kanzler in so wesent-  
lichen prinzipiellen Punkten mit den Konservativen  
einig, daß es nie schwer fallen werde, sich über  
Detailfragen zu einigen. (Sehr richtig.) Des-  
halb könne auch von einem scharfen Widerspruch  
zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen  
keine Rede sein. So liege es auch hier; von einem  
Ausgleich könne nur die Rede sein, wenn man die

Begünstigten erhöht, und die Prägravierten  
erniedrigt. Das würde ohne eine Reform der  
Personalsteuern nicht möglich sein und nicht ohne  
das man das bisher nicht besteuerte Kapital her-  
anzieht und dafür den prägravierten Grundbesitz er-  
mächtigt, das kann nur durch eine organische Re-  
vision der Grundsteuer geschehen, welche zugleich  
dazu führen würde, die Grundsteuer nicht mehr zur  
Grundlage der Kommunalsteuer-Zuschläge zu ma-  
chen. Den Optimismus des Abg. von Wedell  
theile er nicht hinsichtlich der Worte „unverfügt“,  
sondern sei der Meinung, daß der preussische Staat  
auch das Recht haben solle, auch für solche Aus-  
fälle, die aus Reorganisationen der direkten Steuern  
hervorgehen, Deckung aus den Reichsüberweisungen  
zu suchen. Der gesammte Ausfall würde etwa 70  
Millionen betragen, davon würden 14 Millionen  
durch die Kapitalrentensteuer gedeckt werden können,  
so daß für Preußen 56, für das Reich 75 Mil-  
lionen verblieben; diese Summe sei ganz ungenü-  
gend, um den Kommunen eine wirkliche Erleichter-  
ung zu gewähren. Nun könne er nicht absehen,  
weeshalb man den Kommunalverbänden bestimmte  
Steuern überweisen wolle, statt bestimmter Be-  
träge; dies würde ausschließen, daß man durch  
dieses Gesetz einer späteren Steuerreform prä-  
judizire. Nun habe Ridert sich gestern als Ver-  
theidiger der Grundbesitzer gerirt; er habe gesagt,  
wenn die Pläne der Konservativen durchgeführt  
würden, so würden die Großgrundbesitzer durch die  
höhere Einkommensteuer noch mehr belastet werden,  
als jetzt durch die Grundsteuern. Nun, die Kon-  
servativen dächten gar nicht daran, die Großgrund-  
besitzer besser stellen zu wollen als das Großkapital,  
aber den kleinen Grundbesitzer wollten sie er-  
leichtern und die eigentliche Arbeit; wenn man die  
legtere besteuert, so führe das zur Auswanderung,  
und durch die Vorschläge der Konservativen wür-  
den der Kleingrundbesitz und die Arbeiter doppelt  
erleichtert, das würden sie wohl zu würdigen wissen.  
Was nun die Grundsteuer betreffe, so sei bei deren  
Einführung dieselbe durch „zwingende“ Gründe in  
der Finanzlage des Staates motivirt worden; das  
schließe doch nicht aus, daß man, sobald diese  
zwingenden Gründe einmal wegfielen, an die Be-  
seitigung der allseitig anerkannten Ungerechtigkeit  
herantreten könnte, die die Grundbesitzer aus Pa-  
triotismus auf sich genommen hätten. (Sehr  
wahr.) Ich meine, die Landleute werden für die  
Art der Vertheidigung ihrer Interessen durch den  
Abg. Richter wenig dankbar sein. Ich bitte, das  
Gesetz in eine Kommission zu verweisen und dort  
in gründlicher Beratung die Grundlage für die  
weitere Entwicklung der Steuerreform zu finden.  
(Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. v.  
Meyer (Arnswalde), Richter und Ridert  
wird die Vorlage an eine Kommission von 28 Mit-  
gliedern verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs  
eines Gesetzes betreffend die Bewilligung von  
Staatsmitteln zur Hebung der wirtschaftlichen Lage  
in den nothleidenden Theilen des Regierungsbezirks  
Oppeln und des Entwurfs eines Gesetzes betref-  
fend die Vertheilung des Staates bei dem Bau  
einer Eisenbahn von Rybnik nach Sobrau, von  
Oppeln nach Neiße mit Abzweigung von Schied-  
low nach Grottkau und von Kreuzburg über Lubli-  
nit nach Tarnowitz.

Nachdem der Berichterstatter Dr. v. Heyde-  
brand über einige nach Schluß der Kommissions-  
Berathung eingegangene Petitionen berichtet, be-  
antragt derselbe, auch diese durch die Beschlüsse des  
Hauses für erledigt zu erklären.

Die Diskussion über die §§ 1—4 wird ver-  
bunden und lautet nach den Beschlüssen der Kom-  
mission: Der Staatsregierung wird eine Summe  
bis zu 16 Millionen Mark zur Verfügung gestellt,  
um Behufs Hebung der wirtschaftlichen Lage in  
den nothleidenden Theilen des Regierungsbezirks  
Oppeln

- 1) zur Ausführung von Ent- und Bewässe-  
rungen;
- 2) zur Regulirung von Zuflüssen;
- 3) zur Förderung der Folgeeinrichtungen bei  
Gemeinschaftsbewässerungen und Zusammenlegungen;
- 4) zur Förderung einzelner landwirthschaftlicher  
Kulturzweige, insbesondere des Flachsbaues, zur  
Förderung des gewerblichen Unterrichts und der  
Hausindustrie;

5) zur leichteren Befriedigung des Kreditbe-  
dürfnisses der kleineren Grundbesitzer;

6) zur Begründung neuer Schulstellen und  
zu Beihilfen für Schul-, Neu- und Erweiterungs-  
bauten;

7) zu Zuschüssen an die obereschlesische und  
die Rechts-Oderufer-Eisenbahn-Gesellschaft nach Aus-  
führung der Eisenbahnlinien von der Wilhelmsbahn  
unweit Rybnik oder Orzesche nach Sobrau, von  
der Wilhelmsbahn unweit Rybnik nach Loslau und  
von Kreuzburg über Lublinitz nach Tarnowitz;

8) zur theilweisen Bestreitung der Grund-  
erwerbskosten für die Eisenbahn von Kreuzburg über  
Lublinitz nach Tarnowitz die Mittel zu gewähren.

Statt dessen beantragt Abg. v. Ludwig  
und Genossen, daß der Staatsregierung für diese  
Zwecke ein jährlicher Kredit von 16 Millionen für  
die nothleidenden Landestheile überhaupt überwie-  
sen werden möge, daß aber die erste Verwendung  
für die nothleidenden Bezirke des Regierungsbezirks  
Oppeln erfolge.

§ 4 setzt die Verzinsungs- und Rückzahlungs-  
bedingungen der gewährten Darlehne fest.

Dazu beantragt der Abg. Conrad, die  
Rückzahlungsfrist statt nach 5 Jahren erst nach 8  
Jahren eintreten zu lassen.

An der Debatte theilnehmen sich mehrere Ab-  
geordnete und die Minister Dr. Lucius und  
Maybach, die Debatte bewegt sich lediglich in  
den Details der Vorlage und wurden in der Ab-  
stimmung unter Ablehnung der eingebrachten An-  
träge beide Gesetze nach den Kommissionsbeschlüssen  
genehmigt.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Beratung der Noth-  
standsvorlagen, des Viehseuchengesetzes u. und  
zweite Beratung der Novelle zur Kreis- und Pro-  
vinzialordnung.

Schluß 5 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 3. Februar. Se. Majestät der Kai-  
ser war gestern ohne Adjutanten zwischen 2 und  
3 Uhr bei der verwitweten Frau von Spitzemberg.  
Er verweilte bei ihr nahezu eine Stunde und ließ  
sich deren Mutter und Kinder vorstellen.

## Ausland.

Wien, 6. Februar. (D. M.-Bl.) Göschens  
Anwesenheit in Berlin wird in den politischen Krei-  
sen sehr günstig gedeutet. Man erblickt darin ein  
Symptom dafür, daß England ein Einvernehmen  
mit Deutschland suche, und man ist geneigt, hier-  
aus den Schluß zu ziehen, daß der Friede erhalten  
bleiben werde. Mehrfach wird die Absicht ge-  
äußert, daß, wenn Göschens eine Verständigung mit  
dem Fürsten Bismarck über die orientalische Frage  
erreiche, die Zustimmung aller Mächte gesichert sei.  
Das europäische Konzert würde damit eine Festig-  
ung erfahren und die streitenden Parteien würden  
dann leichter zu beeinflussen sein.

In der gestrigen Sitzung des Budget-Aus-  
schusses provozierte der Slovener Bosnjak eine De-  
batte über die Irredenta-Frage und beschuldigte den  
Statthalter von Triest, Pretis, daß er gegen die  
Irredenta eine deren Streben begünstigende  
Haltung einnehme. Die liberalen Redner verthei-  
digten Pretis energisch und verlangten gleichzeitig  
von der Regierung eine Untersuchung der von  
Bosnjak vorgebrachten Anklagen. Der Minister-  
präsident Taaffe erklärte, daß er nichts von der-  
gleichen Dingen wisse, er werde aber die nöthigen  
Informationen einholen und unter Umständen mit  
aller Strenge vorgehen.

Die Regierung wird im Parlament eine Vor-  
lage wegen Beschaffung der Mittel zur Förderung  
der heimathlichen Kunst einbringen. Für die ge-  
plante internationale Wiener Kunstausstellung wird  
in Fonds von 60,000 Gulden zum Zwecke von  
Staatspreisen in Aussicht genommen.

Paris, 6. Februar. Die Kammer votirte  
gestern in erster Lesung das Pressegesetz und begann  
die Diskussion über die Ehegesetzgebung. Der De-  
putirte Saint-Martin wird nächstens das Verlan-  
gen vorbringen, daß die Kammer seinen Antrag  
bezüglich der Priestererhe auf die Tagesordnung  
setze.

Luis Michel weigerte sich, vor der bekannten  
Enquete-Kommission über das französische Straf- und  
Deportationssystem zu erscheinen. Sie schrieb an  
den Präsidenten der Kommission wie folgt: Ich  
werde nicht kommen, in einer Zeit, da Gallien



den ich gesehen, wie er Gefangene erschließen ließ, im Palais Bourbon mit dem Chef der Staatsverwaltung taset.

Die „Republique française“ erklärt in ihrer jüngsten Nummer, die Kammer habe neulich wohl den Wunsch nach Frieden ausgedrückt, die äußere Politik aber eigentlich gar nicht diskutiert. Es könne indeß das große Werk der materiellen und moralischen Wiederaufrichtung Frankreichs nicht vollendet werden, wenn das Land sich nicht um seine auswärtige Politik ernstlich bekümmere.

### Provinzielles.

Stettin, 7. Februar. In der mit Fahnen und Emblemen reich geschmückten Turnhalle beging der seit 34 Jahren hier bestehende „Stettiner Turnverein“ am Sonnabend Nachmittag 5 Uhr zur Feier seines Stiftungsfestes das übliche Schauturnen. Zur Theilnahme an demselben waren 400 Eintrittskarten an das Publikum ausgegeben worden, das sich denn auch wohl in dieser Stärke eingefunden hatte. Der Saal wäre zu klein gewesen, hätten sich an den Turnübungen sämtliche 300 Mitglieder des Vereins wie seine 40 Eleeven betheiligen wollen, so waren zu denselben nur 60 Turner — wahrhaftig die Elite des Corps — erschienen. Zur Eröffnung des Festes exekutirte die engagierte Musikkapelle einen Militär-Marsch, worauf die in zwei Abtheilungen aufgestellten Turner mit festem Schritt und militärischer Haltung den zum Schauturnen reservirten vorderen Theil der Halle betraten und ein frisches munteres Turnerviel erschallen ließen. Hierauf hielt der Vorsitzende des Vereins, Herr Dr. Rühl, die Festrede. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, mit denen die Entwicklung des Vereins in dem zurückgelegten Zeitraum zu kämpfen gehabt habe, wie er es mit aller Anstrengung schließlich dennoch zu einer eigenen Turnhalle gebracht, wie der Brand derselben im Juni 1865 aber und die Kriege von 1866 und 1870 das Interesse für die Sache des Turnens in dem Maße geschwächt habe, wie es für die bedrohte Existenz des Vaterlandes gehoben worden sei, wie es dem Kampf von 1873 mit seinen Folgen und den Kaiser-Attentaten beschieden gewesen sei, Deutschland und seine Jugend aus dem Laumel der Verblendung zu reißend und seiner Pflichten bewußt zu machen. Da habe denn auch das Turnen wieder eine neue Stätte gefunden und in welchem Maße es seit jenem Tage an Entwicklung zugenommen habe, sei durch das vorjährige Turnfest in Frankfurt a. M. zur Genüge bewiesen worden. Redner schloß mit einem dreifachen „Gut Heil“ auf den Stettiner Turnverein, das von den Mitgliedern wie Gästen desselben lebhaft erwidert wurde. Hierauf ging es an das Schauturnen. Dasselbe wurde unter Leitung des Herrn Turnlehrers Müller mit Stabübungen in 2, 3 und 4 Taktzeiten eröffnet. Diefelben wurden mit geradezu prächtiger Akkuratheit und Präzision ausgeführt. Alsdann fand dann das Regenturnen statt, von welchem besonders die Exerziten am Red wie am Doppelsteg größtes Interesse beanspruchten. Nach Beendigung des Schauturnens versammelten sich die Mitglieder noch zu einem Glase Bier, um auf fröhliches Amüsement bei dem am kommenden Sonnabend im Wolffschen Saale stattfindenden Stiftungsfest-Ball zu trinken. Jedemfalls werden die geleisteten kräftigen Turner dann beweisen, daß sie auch elegante flotte Tänzer sind.

Der Bau eines Konzert- und Vereinshauses für unsere Stadt scheint nunmehr gesichert zu sein. Von dem provisorischen Komitee sind bisher in privater Weise Zeichnungen bis zur Höhe von 217000 Mark gesammelt worden. Beabsichtigt ist, das Aktienkapital auf mindestens 400,000 Mark (die einzelne Aktie auf 300 Mark) festzusetzen und ist das Komitee beauftragt worden, mit der Herbeischaffung von Zeichnungen sich zu beschäftigen. Es versendet daher an unsere Mitbürger Birkulare, die sie mit den Zwecken seiner Bestrebungen bekannt macht. Das Gebäude soll mit einem Konzert-Saal für etwa 1000 Personen, mit zwei kleinen Sälen und der entsprechenden Anzahl von Zimmern, sowie einer Restauration resp. Konditorei auf einem bisher unbebauten Terrain in lebhaftester Gegend der Stadt errichtet werden und zu Musikaufführungen, Festlichkeiten und zur Benutzung für Vereine bestimmt sein. Das Komitee schließt seine Einladung mit den Worten: „Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Jeder dieses gemeinnützige Unternehmen fördern wird. Gilt es doch für unsere Vaterstadt den Beweis zu liefern, daß Kunst und Wissenschaft hier ein würdiges Heim findet, zu dessen Herstellung und Ausschmückung beizutragen gewiß Allen ein Stolz und Herzensbedürfnis sein wird.“

Heute per Fischerboot in Nyde am 4. d. M. aufgefahrene Postkarte von dem Kapitän Weiß ist die „Käthe“ des Stettiner Lloyd am 2. d. M. die Insel White im englischen Kanal passiert. Die Karte lautet: Am Bord Alles wohl. Während der ganzen Reise schlechtes Wetter und Wind häufig von vorne. Trafen auf 34° N. eine Bark ohne Ruder. Gebe diese Karte mit dem Bericht darüber an Land für die „Shipping Gazette.“

(Personal-Chronik.) Dem Major a. D. Hildebrandt ist die Konzeßion zur Fortführung und Leitung der in Stettin bestehenden Privatschule zur Vorbereitung junger Leute zum Portepée-Jährnrichs-, Freiwilligen- und Seekadetten-Examen ertheilt. — Die erledigte Kreis-Wundarztstelle des Ufedom-Wolliner Kreises ist von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten dem praktischen Arzt Dr. med. Kortum mit

dem Wohnsitz in Swinemünde verliehen worden. — Der bisherige Regierungs-Civil-Supernumerar Gauger hier selbst ist vom 1. Januar d. J. ab an Stelle des als Kreis-Steuer-Einnahmer nach Stettin versetzten Kreis-Steuer-Einnahmers Boneß zum Kreis-Steuer-Einnahmer in Greifenhagen ernannt und dem Gauger auch die Verwaltung des Domainen-Amtes Greifenhagen übertragen worden. — Der bisherige Seefahrer Julius Hermann Krakow zu West-Dievenow ist zum königlichen Hilfsseelsoffen ernannt. — Der Feldmesser Paul Friedrich Koch zu Anklam ist als solcher vereidigt worden. — Die Berufung des Gymnasiallehrers Dr. Wilhelm Knörrich in Oldenburg zum Oberlehrer an der höheren Bürgerschule in Wollin ist genehmigt. — Die Lehrerstelle in Schrapow, Kreis Greifenberg, ist durch den Tod ihres bisherigen Inhabers erledigt. Die Wiederbesetzung derselben erfolgt durch die dortige Gutsbesitzerfamilie. — In Gollsch, Synode Treptow a. Toll., ist der Organist und 2. Lehrer Meyer fest angestellt. — In Amalienhof, Synode Gollnow, ist der Küster und Schullehrer Wendt fest angestellt. — In Selchow, Synode Bahn, ist der 2. Lehrer Homuth provisorisch angestellt. — In Pyritz, Kreis-Schulinspektion Pyritz, ist die Lehrerin Liebnitz provisorisch angestellt. — In Finkenwalde, Synode Land Stettin, ist der dritte Lehrer Kiesel, in Labes, Synode Labes, der Lehrer Zimdars und in Wollin, Synode Gollnow, der dritte Lehrer Paul provisorisch angestellt.

Die Strafbestimmung des § 28 des preussischen Gesetzes vom 8. Mai 1837 über das Mobilien-Feuerversicherungswesen, nach welchem die Aufstellung einer zu hohen Brandentschädigungs-Liquidation in bösslicher Absicht als Betrug zu bestrafen ist, auch wenn diese Aufstellung keinen Erfolg hat, befindet sich nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts, III. Strafsenats, vom 4. Dezember v. J., nicht mehr in Kraft. Vielmehr ist seit Emanation des deutschen Strafgesetzbuchs eine derartige Aufstellung, wenn sie ohne Erfolg geblieben, aus § 263 Straf-Ges.-B. als Betrugsversuch zu bestrafen.

Aus dem am 1. Januar d. J. fällig gewordenen Zinsen der bei Gelegenheit der 50-jährigen Dienstjubiläumfeier Sr. Majestät des Königs gegründeten Stiftung für unbemittelte Inhaber des Eisernen Kreuzes ist durch Vermittelung des General-Kommandos des Johann Schröder aus Kolow, Kreis Ufedom-Wollin, ein Geldgeschenk von 60 Mark zugewendet worden. — Herr Direktor Barona beginnt, vielfachen Wünschen zufolge, am Dienstag in „Haus Loni“ ein erneuertes Gastspiel, weshalb das für Dienstag von uns angekündigte Auftreten des Herrn Brolog im Possillon von Consumeau bis auf Weiteres verschoben ist. Dem „Neuen Theater-Diener“ zufolge wird die bekannte Soubrrette Fräulein Mayerhofer aus Wien im Stadttheater demnächst gastieren. Zur Aufführung ist „Tatjana“ und der „Seeladett“ in Aussicht genommen.

Am Donnerstag, den 10. Februar, findet das Benefiz des ersten Kapellmeisters unseres Stadttheaters, Herrn Gieseler, statt, zu welchem derselbe die reizende, lange nicht gehörte Vorhänge Oper „Undine“ gewählt hat. Herrn Gieseler's Thätigkeit an unserer Oper ist eine sehr anstrengende gewesen, da er mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, weshalb das Publikum sicher die Gelegenheit, ihm seinen Dank zu bezeugen, nicht unbenutzt lassen wird. Hoffentlich wird die Direktion die Abonnements-Billets zu diesem Abend nicht außer Gültigkeit setzen. Was das Benefiz des Herrn Kapellmeisters noch ganz besonders interessant macht, ist, daß eine hiesige sehr begabte Dilettantin, Fräulein Anna Drechsler, an jenem Abend in der Titelpartie debütiren wird. Der jungen Dame ist gelegentlich einer Dilettanten-Vorstellung von „Flotte Bursche“ schon früher von uns ehrend Erwähnung gethan, da sie über eine ziemlich umfangreiche und recht anmutige Stimme verfügt.

In dem am 28. Januar cr. vor dem Reichsgericht in Leipzig anstehenden Termine wurde die in Sachen der Lauenburger Kredit-Gesellschaft von den Kaufleuten D. Stein und J. Berliner gegen das sie verurtheilende Erkenntnis des Stöcker-Schwergerichts vom 15. November v. J. angemelte Revision zurückgewiesen und das schwergerichtliche Erkenntnis lediglich bestätigt. Damit dürfte denn endlich diese epochemachende Ständegeschiede, welche die Gerichte und das Publikum so lange in Alchem hielt, von der Bildfläche verschwunden sein. Der bis zur Verurteilung des Verfahrens im Stöcker-Gefängnis detinirte letzte der Angeklagten wird in einigen Tagen nach seinem neuen Domizil zur Verbüßung der auf 6 Jahre Zuchthaus lautenden Strafe abgeführt.

Zu den durch die letzten überaus heftigen Seestürme in pflichttreuer Ausübung des Berufs verunglückten Seeleuten gehört der Maschinist Krenz von der „Melida“. Derselbe hat eine Wittwe und 4 unmündige Kinder in hilfsbedürftiger Lage hinterlassen. Zum Besten dieser vom Schicksal so hart geprüften Familie hat der Verein der Maschinisten am Donnerstag, den 10. d. Mts., eine Theater-Vorstellung im Waad'schen Lokale in Grabow arrangirt, in welcher u. A. höchst achtbare Dilettanten-Kräfte der Stettiner Handwerker-Resource mitwirken werden. Wir halten es für unsere Pflicht, im Interesse der guten Sache auf die Vorstellung noch besonders aufmerksam zu machen. Wir thun dies hiermit in dem Bewußtsein, daß sowohl der Grabower wie der Stettiner, wo es eine edle Sache gilt, das Herz auf dem rechten Fleck hat.

s Zempelpurg, 2. Februar. In unserem

benachbarten Dorfe Sifers wurde seiner Zeit ein sehr frecher Diebstahl mittelst Einbruchs bei Nacht verübt und dem dortigen Schankwirth fast die ganze Habe entwendet. Dieser Tage hatte sich deswegen ein gewisser Darowski aus Lubau, Kreis Schwes, ein bereits mehrfach bestrafte Individuum, vor der Strafkammer des I. Landgerichts Conitz zu verantworten, weil auf seinem Leibe verschiedene Kleidungsstücke als das Eigentum des Bestohlenen erkannt worden sind. D. wurde des Diebstahls unter erschwerten Umständen für schuldig befunden und zu fünf Jahren Zuchthaus verurtheilt.

### Stadt-Theater.

Das am Sonnabend in der Rolle der Prinzessin Margarethe aus Scribe's Lustspiel „Die Erzählungen der Königin von Navarra“ eröffnete Gastspiel der kgl. Hofchauspielerin Frau Olga Lewinsky-Precheisen fand vor nur mittelmächtig besetztem Hause statt, doch hoffen wir, daß die geschätzte Künstlerin im weiteren Verlauf ihrer Gastdarstellungen auf vollere Häuser zu rechnen haben wird, da sie solche vermöge ihrer beachtenswerthen Künstlerkraft durchaus verdient. Ihre imposante königliche Erscheinung, ihr ausdrucksvolles Spiel und ihr kräftiges, aller Schattierungen fähiges Organ kam ihrer Margarethe vortrefflich zu Statte und hätten wir wohl gewünscht, daß der Rahmen, in dem sich dies herrliche Bild unserer Augen präsentirte, etwas — wenn auch nicht blendender — so doch harmonischer und fester gewesen wäre. Unglaublich erscheint die Liebe der Prinzessin zum Grafen Heinrich d'Albert, wenn Herr Rub denselben zu portaitiren hat, ebenso stellt man sich den Kaiser Karl ein klein wenig anders vor wie Herrn Rumann. Guattinara war verführerischer als Herr Lederer. Berechtigten Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit einer Provinzialbühne, und man erinnert uns ja stets daran, über dieselben nicht hinauszugehen, entsprach nur Herr Schröder als König Franz. Der geschätzte Gastin möchten wir empfehlen, auf die Aussprache des Anfangs „f“ ein wenig mehr Sorgfalt zu verwenden, dasselbe klingt aus ihrem Munde zu scharf, fast wie „n“, auch berührt es unangenehm, statt „treu“ das weniger melodische „trei“ zu hören. Auf die weiteren Leistungen der verehrten Künstlerin sind wir recht gespannt. Das Publikum lohnte der Darstellerin mit häufigem Applaus und ergöste sich augenscheinlich an dem reichen Glanz der vier Mal gewechselten, wahrhaft königlichen Toilette.

Gerade ein Jahr ist vergangen, bevor seit seinem ersten Erscheinen in Berlin „Der jüngste Lieutenant“ seinen Einzug in Pommerns Hauptstadt gehalten hat. War es auch nicht die uns versprochene Ernestine Wegner, sondern nur ein Fräulein Mathilde Lipski, das sich in der schmutzen Hufarenuniform präsentirte, so hat die Bosse doch auch bei dieser Besetzung einen recht hübschen Heiterkeitserfolg erungen und mehr kann man ja auch wohl nicht verlangen. In erster Reihe gebührt der kleinen graziösen Soubrrette volle Anerkennung. Unsere Frage, ob sie fesch, flott und gesangsfundig genug sein würde, hat sie zu zwei Dritteln vortrefflich bejaht, denn ihr Auftreten ist in der That flott und schalkhaft, dabei aber stets anmuthig. Ihre Stimme — ja davon haben wir nicht viel gehört — ist sehr klein und hat nur den Vorzug, daß sie sich beim Gesang darauf beschränkt, möglichst klar und melodisch zu sprechen. Das nehmen wir aber lieber in den Kauf, als ein unverständliches Gesingsel. Für unsere Verhältnisse ist Fräulein Lipski ein kleiner Juwel, nur bleibt es abzuwarten, ob sie dem Soubrettenfach gewachsen sein wird, wenn sie einmal die Uniform abgelegt hat. In der Hofenrolle wußte sie sich jedenfalls recht hübsch zu bewegen. Das Stück an sich ist nicht so unsinnig, wie sonstige Possen, die Komik ist nur im Duett des letzten Aktes etwas derb, einige Bilder, so der Turnplatz und die Gefangenszene in der Schule, sind recht unterhaltend. Die Aufführung war brav und verdienen besonders die Herren Brägger (Volontair), Hanseler (Bumke), Kreuzkamp (Oberst), wie die Damen — diesmal müssen die Damen nachher kommen — Frau Gysi, Fräulein Goethe, Walther, Mühlung und Bielska volle Anerkennung.

H. v. R.

### Bemischtes.

(Von der internationalen Fälscherbank.) Das in Florenz erscheinende Journal „Nazione“ bringt folgende interessante Details über die dort stattgehabte Verhaftung einiger Amerikaner, welche der großen internationalen Fälscherbande angehört haben, deren wir bereits in unserem Blatte erwähnten: „Es scheint, daß einer der Chefs dieses in großartigem Maßstabe angelegten Komplottes jener Wilkes sei, welcher in dem großen Hotel New-York verhaftet wurde. Jedenfalls ist er ein Mann von einer Schlaueit, Kaltblütigkeit und einem Savoir vivre, wie sie bei Delinquenten gegenüber den Gerichten selten gefunden werden. Während die andern Mitglieder der Bande bei dem plötzlichen Erscheinen der Polizei im Salon des zweiten Stockwerkes im gedachten Hotel ein wenig bestürzt wurden, verlor Wilkes nicht im geringsten seine Geistesgegenwart, und als man ihm mittheilte, daß zu einer scharfen Untersuchung von seiner und seiner Gefährten Effekten geschritten werden würde, erwiderte er französisch: „Avant tout, messieurs, permettez nous de faire notre dejeuner.“ („Vor Allem, meine Herren, erlauben Sie uns zu frühstücken“), zog die Klingel und ließ ein treffliches Dejeuner bringen, wobei wiederholt

Porter, Cognac und Champagner begehrt wurden. Als dies geschehen war, sagte er zu den Polizeikommissären: „Jetzt, meine Herren, stehe ich zu Ihrer Verfügung,“ und es begann die Untersuchung, welche nicht weniger als elf Stunden dauerte. Er schien seiner Sache sicher und irrte nicht; denn ob schon man bedeutende Geldsummen und in seiner Tasche 30000 Francs in italienischen Banknoten fand, ob schon weiter Brillanten und andere Edelsteine, ganze Hände voll, und selbst Brillanten in den Zündhölzchenfächern entdeckt wurden, so stieß man doch auf nichts, was ihn und seine Gesellschaft besonders kompromittirt hätte. Als die Operation beendet war, wurden er und die zwei schönen Mädchen bei ihm in einem Wagen nach dem Gefängnis der Murate abgeführt und die Siegel angelegt; aber erst fünf Tage nach der Verhaftung fand man in einem Versteck der Felleisen sehr feine Feilen, Nagemittel, zubereitetes Papier und andere Geräthschaften, um Obligationen und Werthe zu verfälschen. Von diesem Augenblicke an schwand die dreiste Zuversicht bei Wilkes; aber das Talent, welches er bei den Verhörern zeigt, ist außerordentlich und erregt die Bewunderung aller dabei Anwesenden. Eines von den Mädchen ist inzwischen freigelassen, das andere aber unter Eskorte nach Turin abgeschickt worden, wo weitere Verhaftungen unter derselben Anschuldigung stattgefunden haben.

(Noch eine Brangel-Anekdote.) Von einem bekannten Kammerfänger ist dem „Berliner Fremdenblatt“ nachstehende Anekdote zugetragen worden, die jenem seiner Zeit von dem verstorbenen Prinzen Waldemar von Schleswig-Holstein erzählt wurde: Brangel inspizirte eine Truppen-Abtheilung. Die Manöver gingen schlecht. Nach denselben versammelte er die Offiziere um sich und hielt folgende Ansprache an sie: „Meine Herren! Ich habe mir sehr gefreut, Ihnen Allen so wohl zu sehen! Das ist aber auch das Einzige, worüber ich mir gefreut habe!“ Sprach's und ritt davon, die versteinerten Offiziere zurück lassend.

### Telegraphische Depeschen.

Wien, 5. Februar. Der „ungarischen Post“ zufolge wird die ungarische Regierung die nächste Staatsanleihe abermals durch die Emission fünfprozentiger Papierrente beschaffen. Diese Emission findet wahrscheinlich in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres statt, da der Bedarf für die ersten beiden Quartale bereits gedeckt ist. Die Emissionsziffer wird sich auf effektiv 15 Millionen Gulden belaufen.

Paris, 5. Februar. Die Deputirtenkammer setzte die Berathung des Preßgesetzes fort, nahm die noch ausstehenden Paragraphen an und beschloß mit 411 gegen 3 Stimmen, nicht in die zweite Berathung der Vorlage einzutreten. Die Berathung des Antrages Labuzes, die Befreiung der Seminaristen vom Militärdienste vollständig aufzuheben, wurde mit 263 gegen 221 Stimmen bis zur Berathung der vom Kriegsminister eingebrachten Vorlage betreffend die Rekrutierung der Armee vertagt. Hiernach begann die Kammer die Berathung des Ehegesetzes. Die Berathung des Antrages Bardour betreffend das Listensystem wurde auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Petersburg, 6. Februar. General Stobeleff hat nach einem offiziellen Bericht vom 1. d. M. zur Verfolgung der nach der Zerstörung von Geoktepe in die Sandberge gestürzten Leichen zwei Kolonnen abgesandt, die eine unter dem Oberst Kuropatkin, die andere unter dem Oberstleutnant Gaidarov. Die Bewohner von Annau haben dem General Stobeleff ein Schriftstück überreicht, worin sie um die Inanspruchnahme des Kaisers bitten.

Petersburg, 6. Februar. Die Wiener Meldung, die Pforte habe es abgelehnt, ihre Zugeständnisse an Griechenland zum Voraus anzugeben, die Pforte werde indeß ihre Vertreter bei den Mächten zu der Mittheilung ermächtigen; daß sie zu bedeutenden Opfern bereit sei, wird von der „Agence Ruffe“ als unbegründet bezeichnet. Die Mächte hätten der Pforte gegenüber eine derartige Forderung garnicht gestellt, seien vielmehr über eingekommen, die Eröffnungen der Pforte zu hören, um danach zu ermitteln, ob dieselben eine Basis für Unterhandlungen böten.

Wien, 5. Februar. Nach dem der Deputirtenkammer von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Armee wird der Effectivbestand der Landarmee für das Jahr 1881 auf 82,824 Mann erhöht.

Konstantinopel, 6. Februar. Die Pforte hat ein Dekret betreffend die Einführung einer Zwangssteuer auf Immobilien und ein Dekret betreffend die Ausdehnung der Verpflichtung zum Militärdienst auf Konstantinopel, welches bis dahin davon durch ein Privilegium befreit war, dem Sultan zur Genehmigung vorgelegt.

Dem Botschafter Tissot sind die Instruktionen der französischen Regierung betreffs des Rundschreibens der Pforte vom 14. d. Mts. nunmehr zugegangen.

Vom „Balk“ wird die Stärke der in Thessalien und Epirus befindlichen türkischen Armee auf 100,000 Mann geschätzt; außerdem sei eine Reserve von 40,000 Mann in der Bildung begriffen, wovon die eine Hälfte nach Janina, die andere nach Trikala dirigirt werden würde.

### Briefkasten.

A. O. in D a d o w. Wenden Sie sich an die Kasseler Viehverversicherungs-Gesellschaft in Kassel.